

Resistance

“Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.”

Sonderausgabe: Militarismus

Bundeswehr: Die Hoffnung für perspektivlose Jugendliche?

Zurzeit umfasst die Bundeswehr insgesamt 179.345 aktive Soldaten, davon sind 21.296 Frauen. Seit der Abschaffung des Wehrdienstes im Jahre 2011 mangelt es in der Bundeswehr an Nachwuchs-Soldaten. Was kann man dagegen tun? Ganz einfach: Zuerst wird das Image aufpoliert, um die „Kinder“ nicht abzuschrecken, anschließend nutzt man Slogans wie z.B.: „Nicht jeder bei uns trägt eine Waffe“. Zudem wird ein Bild von einer sicheren Zukunft und einer sorgenfreien Welt geschaffen. „Du möchtest eine gute Ausbildung, dann komm zum Bund. Du möchtest einen Studienplatz mit einem Stipendium, na das haben wir auch beim Bund!“. Das Bild von der finanziell abgesicherten Zukunft wird in dem Fall durch Werbung und gezielte Auftritte in Schulen, auf Ausbildungsmessen, in Fitnesscentern und in sozialen Medien vermarktet. Was tun, um „cool und modern“ zu wirken? Wie wäre es z.B. mit einer Web-Serie auf YouTube? Schließlich kann man die Reichweite ins Unendliche ziehen, indem auch ganz viele „Kinder“ sehen können, wie „friedlich“ die Bundeswehr ihre Arbeit leistet.

Derzeit beschäftigt die Bundeswehr 2128 Minderjährige. Diese

Zahlen wachsen stetig, aber warum? Gründe dafür gibt es sicherlich genug, doch folgende Aspekte sind besonders bedeutend. Mit den Uniformen versucht man in der Gesellschaft einen gewissen Respekt zu erschaffen. Man hört oft: „Sie beschützen uns, sie sind Freund und Helfer.“ Mit hohen Gehältern und Privilegien werden die Jugendlichen angelockt.



Ist es jedoch wirklich „normal“, dass so viele Soldaten ausgebildet werden? Uns sollte bewusst sein, dass diese Soldaten einem Zweck dienen. Fraglich ist, ob sie der Schaffung von Demokratie oder der Profitmaximierung dienen. Halten wir uns bei der Beantwortung dieser Frage vor Augen, dass Deutschland nach den USA, Russland und Frankreich auf Platz vier der Waffenexporteure liegt. Und halten wir uns auch vor Augen, dass seit 2001

in Afghanistan Krieg geführt wird und neulich erst beschlossen wurde, den Einsatz von deutschen Soldaten zu erhöhen, während die Anschläge der Taliban seit fast 20 Jahren Kriegseinsatz nicht aufhören. Es stellt sich also die Frage, ob den Jugendlichen bewusst ist, wofür die Bundeswehr wirklich gebraucht wird und worin das Bedürfnis nach immer mehr Soldaten wirklich besteht.

Rüstungsindustrie vs. Menschenleben

Jährlich veröffentlicht die Bundesregierung die Zahlen zur Rüstung in Deutschland. 2016 lag der Verteidigungsetat bei 34,287 Milliarden Euro, 2017 bereits bei 36,611 Milliarden Euro. Diese Zahl umfasst Ausgaben für die Streitkräfte, das Verteidigungsministerium sowie für Rüstungsprojekte. Stetig steigt der Etat für den Verteidigungshaushalt immer um rund 2 Milliarden Euro an. Im Vergleich dazu standen dem Bildungsministerium 2016 nur 16,4 Milliarden Euro zur Verfügung und 2017 17,6 Milliarden Euro. Der Unterschied zwischen den Haushalten der Ministerien ist enorm und aussagekräftig.

Die Ausgaben steigen, die Bundeswehr wirbt um Nachwuchs und im Fokus steht eine militärische Erneuerung. 29,9 Millionen Euro wurden 2016 allein für

die Werbung, die speziell an junge Menschen z.B. durch eindrucksvolle Auftritte auf Messen gerichtet ist, ausgegeben.

Die Zahl der Kriegswaffenexporte betrug im Jahr 2016 2,5 Milliarden Euro. Auch diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die genannten Zahlen können aus dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung ersehen werden, dennoch werden nicht alle Zahlen und Verhandlungen veröffentlicht. Im Vergleich zu anderen Exporten wird mit diesen Gütern im Bundessicherheitsrat, dem Vertreter aus Politik und der Waffenlobby beiwohnen, streng geheim verfahren. Rüstungsexporte sind ein lukratives Geschäft für den deutschen Staat und seine Waffenlobby.



Anfang März veröffentlichte Rheinmetall, dass ihr Umsatz 2016 um acht Prozent auf 5,6 Milliarden Euro gestiegen sei.

Begründet wird der Aus- und Aufbau mit der sicherheitspolitischen Lage in Deutschland und der weltweiten Entwicklung des Terrorismus. Terrorismus ist das Stichwort. Damit der Terror in anderen Ländern „bekämpft“ wird, beliefert Deutschland Länder wie die Türkei, Saudi-Arabien oder Mexiko. Zudem kursieren die deutschen Waffen nicht nur in den Händen der „Hüter der Demokratie“, sondern auch der IS kämpft überwiegend mit deutschen Waffen. IS-Kämpfer posieren mit deutschen Panzerabwehrraketen.

Deutschland exportiert in Krisengebiete und profitiert damit vom Leid bzw. Tod der Menschen. Der Krieg tobt zwar in tausenden Kilometern Entfernung, aber er beginnt mit der Herstellung von Waffen in Deutschland. Und das Resultat ist, dass alle 14 Minu-

ten ein Mensch durch eine deutsche Waffe stirbt. Diese Zahl wird in Anbetracht der Pläne der Bundesregierung für die Verteidigung drastisch ansteigen.



Gleichzeitig verfolgt Deutschland mit dem weltweiten Verkauf eigene imperiale Interessen. Der Erfolg des Exportmeisters stellt in Wirklichkeit schmutzige Deals dar, die auf dem Rücken der Zivilbevölkerung z.B. in Syrien ausgetragen werden. Diese Deals wirken sich auch auf die innenpolitische Lage aus und sind politische Statements. Hier in Deutschland werden Kurden und fortschrittliche Kräfte, die gegen den Krieg demonstrieren, kriminalisiert. Von der Polizei

werden diese Demonstrationen gewaltsam aufgelöst.

Deutschland verfolgt als imperiale Macht mit dem weltweiten Verkauf von Waffen seine eigenen imperialen Interessen und macht sich damit zu einem der Hauptverantwortlichen in den Kriegen.

Bundeswehr schützt rassistische Soldaten

Franco A. war ein rassistischer Bundeswehroffizier, der sich als syrischer Geflüchteter beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) registrieren ließ und unter dieser falschen Identität Anschläge in Deutschland plante, um den Terrorverdacht verstärkt auf Geflüchtete zu lenken.



Dies konnte geschehen, obwohl schon vor Jahren bekannt war, dass Franco A. eine Masterarbeit mit rassistischem Inhalt verfasst hatte. Diese Masterarbeit verfasste er an einer Militärschule. Sie enthielt Unterkapitel wie: „Genozid“ oder „Der Niedergang von Kulturen“. Nach der Warnung eines Schulkommandeurs wurde ein unabhängiger Historiker mit der Erstellung eines Gutachtens zu Franco A.s Masterarbeit beauftragt. In dem Gutachten heißt es: „Bei dem Text handelt es sich nach Art und Inhalt nachweislich nicht um eine akademische Qualifikationsarbeit, sondern um ein radikalnationalistischen, rassistischen Apell. (...) In manchen Teilen liest sich der Text wie eine Gebrauchsanweisung für rassistische Propaganda.“ Trotz des Gutachtens gab es keine Disziplinarmaßnahme. Seitens des Wehrdisziplinaranwalts (DWA), der für Vergehen von Soldaten zuständig ist, gab es lediglich eine Verwarnung. Zudem wurde seitens der Bundeswehr mitgeteilt: „Aufgrund des gewonnenen Persönlichkeitsbildes sind Zweifel an der erforderlichen Einstellung zur Werteordnung nicht nur nicht belegbar, sondern auszuschließen.“ Daraufhin wurde das disziplinarische Vorermittlungsverfahren eingestellt. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) wurde nicht informiert.

2015 wurde Franco. A zum Berufssoldaten ernannt. 2017 wurde er festgenommen, weil er eine Pistole in einer Toilette am Flughafen in Österreich versteckt hatte, die bei Reinigungsarbeiten gefunden wurde. Anschließend kontaktierte Franco A. den Wehrdisziplinaranwalt, der Franco A. in Schutz nahm und somit folgten keine weiteren Konsequenzen. Der Fall kann nicht weiter ermittelt werden, da der E-Mailverkehr zwischen Franco A. und dem Wehrdisziplinaranwalt angeblich unwiderruflich gelöscht sei.

INHALT

EINLEITUNG

KAPITEL I: DIE SUBVERSION AM BEISPIEL VON DREI BEREICHEN

- 1.1 DIASPORAGRUPPEN UND LOBBYS
- 1.2 DIE RECHTLICHEN GRUNDLAGEN DER SUBVERSION: DIE MENSCHENRECHTE UND DIE CHARTA DER VEREINIGTEN NATIONEN
- 1.3 DIE STRATEGIE DER VEREINIGTEN STAATEN UND DIE „PENTAGON'S NEW MAP“ DES THOMAS P.M. BARNETT
- 1.4 DIE MEDIEN

KAPITEL II: SUBVERSION AUF SOZIOKULTURELLER EBENE

- 2.1 ÜBER DIE MIGRATION
- 2.2 GENOZID / AUTOGENOZID
- 2.3 DIE KÜNFTIGE FAMILIE
- 2.4 DER NIEDERGANG VON KULTUREN

KAPITEL III: DIE SUBVERSION AUF MENTALER EBENE UND AUF GLAUBENSEBENE

- 3.1 DENKBLOCKADEN
- 3.2 VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN
- 3.3 DIE RELIGIONEN

Bei diesem Fall stellt sich die Frage, wie es sein kann, dass junge Menschen wegen einem Pullover mit der Aufschrift „Antifa“ in Untersuchungshaft genommen werden, während Offiziere mit offener rassistischer Gesinnung unangetastet bleiben und monatelang ein Doppelleben als angeblicher syrischer Flüchtling führen können.

Demokratischaffung oder imperiale Interessen?

Zur ersten Aufgabe der neuen Bundesregierung, der GroKo, gehörte die Verlängerung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Verlängert wurden die Einsätze in Afghanistan, Mali, Irak und Syrien sowie Sudan und Südsudan.

In Afghanistan soll die Anzahl der eingesetzten Soldaten aufgrund der schlechten Sicherheitslage von 950 auf 1300 aufgestockt werden. Kann es sein, dass Geflüchtete in ein Land abgeschoben werden, in dem aufgrund der schlechten Sicherheitslage die Zahl der deutschen Soldaten erhöht wird? In Mali soll ebenfalls die Zahl der Soldaten von 1000 auf 1100 aufgestockt werden, während im Irak vor allem Ausbilder zum Kampf gegen den IS zum Einsatz kommen. Neu ist, dass 13 Soldaten nun in Konya, in der Türkei stationiert werden sollen, da der Luftraum für den Einsatz von Aufklärungsjets auf das Gebiet des Iraks erweitert wurde. Derzeit sollen sich insgesamt 2600 Soldaten in Auslandseinsätzen befinden. Bereits 2013 sollten die Einsätze in Afghanistan und in Mali, die mitunter als die gefährlichsten angesehen werden, beendet werden. Diese Lüge wird von Jahr zu Jahr weitergetragen. Stattdessen wird nur das Personal aufgestockt.

Die Bundeswehr ist angeblich ein „Parlamentsheer“, weil über ihre Einsätze das Parlament abstimmt. Das Parlament wiederum soll angeblich den Willen des Volkes widerspiegeln. Doch sind diese Auslandseinsätze tatsächlich der Wille des Volkes? Nach einer repräsentativen Umfrage des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung aus dem Jahr 2014 geben

60% der Befragten an, dass sie gegen internationale Einsätze der Bundeswehr sind und sich deshalb von der Politik bevormundet fühlen. Erneut zeigt sich, dass in diesem System der Wille der Massen gegenüber dem Willen der politischen und wirtschaftlichen Elite unterlegen und damit bedeutungslos ist. Ganz abgesehen davon ist es fraglich, wie bei der heutigen Medienerstattung, welche nach den Interessen der Großkonzerne ausgerichtet ist, sich überhaupt eine unabhängige Meinung bei den Massen zu Kriegseinsätzen bilden kann.



Die Aufstockung der Verteidigung kostet Geld. Geld, welches dem deutschen Steuerzahler aus den Taschen gezogen wird. Zudem ist eine unausweichliche Folge der Einsätze der Tod. Tod der Soldaten und Tod der Zivilbevölkerung, die in den Fängen der westlichen Mächte zum Spielball geworden sind. Frieden, Demokratie und Stabilisierung seien die Ziele und Interessen des deutschen Staates. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? In Syrien wird mit deutschen Panzern

die kurdische Bevölkerung angegriffen, Schulen, in denen sich Kinder befinden, werden bombardiert. In Afghanistan sterben bei einem Angriff der Bundeswehr Zivilisten. Nach Angaben der UN ist die Zahl der Zivilisten, die in Afghanistan umkommen, seit 2009 angestiegen. In Mali sind bisher 100 Soldaten verunglückt. Dass die Einsätze der Bundeswehr Frieden bringen sollen, ist eine Illusion dieses System, damit der Krieg weiterhin Profit bringen kann. Wem nützt dieser Krieg? In erster Linie der Waffenlobby und in zweiter Linie der deutschen imperialistischen Politik.

Als Kriegsgegner im Wehrdienst

Natürlich lassen sich in der Debatte um den Militarismus einige Fragen stellen, die die Ethik des Sachverhaltes betreffen. Neben der allgemein moralisch verwerflichen Tätigkeit als Mitwirkender im Bund, wird anhand dieses kurzen Beispiels noch einmal vor Augen geführt, wie das verschönerte Image die eigenen Prinzipien verdrängen lässt.

Thema ist der Fall eines Beitritts in die deutsche Bundeswehr. Der Protagonist ist ein junger Mann palästinensischer Abstammung, der kurz zuvor noch sein Studium abgebrochen hat, um sich circa ein Dutzend Jahre für den Wehrdienst zu verpflichten.

Wenn an den Nahen Osten gedacht wird, ist der Palästina – Israel Konflikt nicht wegzudenken. Seit 70 Jahren herrscht eine brutale Apartheidspolitik bei der die Palästinenser vom Staat Israel unterdrückt, diskriminiert, verdrängt, physisch und psychisch gefoltert und ermordet werden. Genauso verharmlost werden bei der Anwerbung neuer und junger Einsatzkräfte beim Bund die bevorstehenden Gewaltdelikte, die in Auslandseinsätzen typisch und unumgänglich sind. 2009 wurden Zivilisten in einem Kran-



kenhaus in Afghanistan von deutschen Waffen getötet. Solche Tatsachen werden jungen Bewerbern erst vor Ort bewusst. Inwiefern kann man den Beschluss, als zukünftiger Anwärter in Kriegsgebieten wie Afghanistan tätig zu werden, mit seiner eigenen Moral und Identität vereinbaren? Er ist verwurzelt mit

einer Geschichte, die Wunden hinterlassen hat und mit einer Gegenwart, die sich nach Gerechtigkeit und Frieden sehnt. In der Position als befugter und gehorsamer Soldat wird er in der Lage sein und dazu gedrängt werden, genau wie die regierungsnahen Soldaten Israels, Gewalt gegenüber schutzlosen Menschen auszuüben.

Der Duft des Geldes und der Profit killt die Moral und lässt die

eigene Lebensgeschichte vergessen, aber der Preis dafür ist hoch. Die Soldaten, die aus Kriegsgebieten zurückkehren, kämpfen mit posttraumatischen Erlebnissen. Aber genau dieser Aspekt wird bei der Bundeswehr bewusst nicht gezeigt. Unter dem Deckmantel der „Demokratieverbreitung“ versteckt der deutsche Staat sein wahres Gesicht.

„Deutschland baut heimlich eine europäische Armee unter seinem Kommando auf“

Diese Bestrebungen beziehen sich auf das von Deutschland angeregte NATO-Programm „Framework Nation Concept“. Das Programm besagt, dass jeweils 1500 bis 5000 Soldaten der tschechischen und der rumänischen Armee der deutschen Bundeswehr unterstellt werden.

Dieses spezielle Kommando könnte z.B. mit härtester Waffengewalt - auch der tödliche Schuss ist erlaubt - gegen „Aufständische“ und „Unruhestifter“ vorgehen. Dabei darf jedes Haus in Beschlag genommen werden und das Kommando kann so lang dortbleiben, bis es abgezogen wird.

Somit erfolgt ein nächster Schritt bei der europäischen Militarisierung. Derzeit sind nicht alle 28 EU-Staaten in eine europäische Militarisierung involviert, daher erfolgt die Durchführung



EU-Militärkooperation PESCO

erster Schritt der Europäischen Union eine eigene und von der NATO unabhängige europäische Armee auf die Beine zu stellen. Das Bedürfnis, neben der bestehenden NATO-Armee, ein weiteres unabhängiges Militärbündnis zu schaffen, ist ein offenes Anzeichen dafür, wie sich die Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten auf der Welt zuspitzen.



Bei der Gründung der Europäischen Union war die Militarisierung nicht angedacht, jedoch betont sie aufgrund der zunehmenden „Terrorgefahr“ die Wichtigkeit eines Militärbündnisses.

25 europäische Staaten unterschrieben im Europäischen Rat Ende 2017 ein Dokument, welches sie verpflichtet in Zukunft eine enge militärische Zusammenarbeit zu führen. Die Militärkooperation PESCO (Permanent Structured Cooperation) ist ein



Voraussetzung für die Teilnahme an dem Militärbündnis ist, dass sich die Staaten an den bestehenden EU-Battlegroups und der Europäischen Verteidigungsagentur beteiligen. Die EU-Battlegroups sind europäische Truppen, die aus 3000 Soldaten aus mehreren Nationen bestehen und die im Radius von 6000 km, ausgehend von Brüssel, jederzeit einsatzbereit sind. Zudem muss jeder EU-Staat, der Mitglied bei der PESCO ist, 20 Verpflichtungen erfüllen. Eine dieser Verpflichtungen ist, dass das nationale Verteidigungsbudget regelmäßig gesteigert werden muss. Dies bedeutet, dass die schon ohnehin hohen Ausgaben für das Militär in Zukunft drastisch steigen werden. Zu den Vorhaben dieses Projekts gehört auch die Etablierung eines zentralen Militärcamps zur Ausbildung von EU-Militärberatern. Diesem Projekt entgegneten deutsche Politiker wie Ursula von der Leyen mit „ein großer Tag für Europa“ oder Siegmund Gabriel mit „ein Meilenstein“.



resistance.int@gmail.com



resistance.international



Resistance1917